



PRESSEMITTEILUNG der EU-Drogenbeobachtungsstelle in Lissabon

NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER DROGENPOLITIK UND -GESETZGEBUNG

Wachsende Besorgnis über die Auswirkungen des Drogenkonsums auf unsere Gemeinden

(24.11.2005 LISSABON) In vielen europäischen Ländern wachse die Besorgnis über die weiterreichenden Auswirkungen des Drogenkonsums auf die Gesellschaft, in der wir leben, heißt es im **Jahresbericht über den Stand der Drogenproblematik in Europa 2005** der **Drogenbeobachtungsstelle der EU (EBDD)**.

In einem speziellen Bericht zur drogenbedingten Störung der öffentlichen Ordnung weist die **EBDD** auf eine neue Tendenz hin, der zufolge sich die Drogenpolitiken nicht nur auf die Reduzierung des illegalen Drogenkonsums konzentrieren, sondern sich auch mit drogenbezogenen Verhaltensweisen, die sich negativ auf das Gemeinwesen auswirken, gezielt befassen.

„Verhaltensweisen, Situationen und Handlungen im Zusammenhang mit der drogenbedingten Störung der öffentlichen Ordnung sind in den meisten **EU-Mitgliedstaaten, den Kandidatenländern** und in **Norwegen** bereits seit langem zu beobachten und durchaus kein neues Phänomen“, so die Drogenbeobachtungsstelle. „Neu ist hingegen die zunehmende Tendenz unter politischen Entscheidungsträgern in einigen Ländern, diese Erscheinungen unter einem gemeinsamen Oberbegriff zusammenzufassen und ihre Reduzierung in den nationalen Drogenstrategien zu verankern.“

Marcel Reimen, der Vorsitzende des Verwaltungsrats der EBDD, hebt hervor: „Wenn wir von drogenbedingter Störung der öffentlichen Ordnung sprechen, beziehen wir uns nicht nur auf kriminelle Handlungen, sondern auf ein breiteres Spektrum von antisozialen Verhaltensweisen, die die Sicherheit, Gesundheit und Sauberkeit eines Stadtteils gefährden und so die Lebensqualität und Lebensfreude ihrer Bewohner beeinträchtigen. Die gegenwärtige Besorgnis der politischen Entscheidungsträger im Hinblick auf die drogenbedingte Störung der öffentlichen Ordnung ist eine Reaktion auf diese negativen Einflüsse in unserer Wohnumgebung“.

Zu den am häufigsten gemeldeten drogenbezogenen Verhaltensweisen, die das Sicherheitsgefühl der Menschen bzw. die Stabilität einer Gemeinde beeinträchtigen, zählen laut **EBDD**: Drogenkonsum in der Öffentlichkeit, sichtbare drogenbedingte Intoxikation, Drogenhandel auf der Straße, unter dem Einfluss von Drogen begangene kriminelle Handlungen, offene Drogenszenen, weggeworfenes Drogenbesteck sowie aufdringliches Ansprechen durch Drogenkonsumenten und -händler sowie deren Nähe zu Kindern.

Nach einem Bericht der **Europäischen Kommission** aus dem Jahr 2003 zur Meinung der EU-Bürger über die öffentliche Sicherheit und die Gefährdung durch Drogenprobleme und Drogenkriminalität stieg der Anteil jener, die sich auf den Straßen „sehr unsicher“ fühlen in den **EU-15** von 8% im Jahr 1996 auf 12% im Jahr 2002 ⁽¹⁾. Laut einer **Eurobarometer**-Umfrage unter Jugendlichen zur Wahrnehmung von Drogen aus dem Jahr 2004 finden es 63% der Befragten leicht, sich Drogen in der Nähe ihres Zuhauses zu beschaffen ⁽²⁾. Die Wahrnehmung sei ein Schlüsselement im Zusammenhang mit der Störung der öffentlichen Ordnung, heißt es im Bericht, spiegle jedoch nicht zwangsläufig das objektive Ausmaß von Störung und Kriminalität wider.

Bekämpfung der drogenbedingten Störung der öffentlichen Ordnung

Fünf Länder – **Belgien, Irland, Luxemburg**, die **Niederlande** und das **Vereinigte Königreich** – haben die Reduzierung der drogenbedingten Störung der öffentlichen Ordnung als ein Hauptziel ihrer allgemeinen nationalen Drogenpolitik festgeschrieben und eine koordinierte Vorgehensweise unter Einbeziehung der Komponenten Gesundheit, Soziales, öffentliche Sicherheit und Umfeld eingeführt.

Obwohl die meisten **EU-Länder** die Störung der öffentlichen Ordnung nicht explizit als zentrales Ziel in ihrer nationalen Drogenstrategie benennen, befassen sie sich mit dem durch diesen Begriff abgedeckten Verhalten unter der weiter gefassten Bezeichnung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung. In den meisten Ländern dieser Gruppe, hauptsächlich in den **neuen EU-Mitgliedstaaten**, wird dieses Problem durch allgemeine Maßnahmen und Gesetze angegangen die sich etwa mit Intoxikation in der Öffentlichkeit oder Lärmbelästigung auseinandersetzen.

Indes haben andere Länder – z. B. **Deutschland, Griechenland, Frankreich, Irland** und **Österreich** – zur Reduzierung der drogenbedingten Störung der öffentlichen Ordnung Ad-hoc-Initiativen ergriffen, wie beispielsweise die Konsultation und Koordinierung zwischen Bürgern und sämtlichen am lokalen drogenpolitischen Entscheidungsprozess beteiligten Akteuren.

Zu weiteren Reaktionen zählen die Annahme von Gesetzen gegen die drogenbedingte Störung der öffentlichen Ordnung (**Spanien, Frankreich**, das **Vereinigte Königreich** – z. B. Verordnungen im Zusammenhang mit Rave-Partys oder gegen Spritzenmüll), lokale Strategien (**Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Zypern** und **Finnland**), Maßnahmen zur Begrenzung von offenen Drogenszenen (**Dänemark** und **Deutschland**) sowie Maßnahmen zur Schadensminimierung, die explizit auf die durch Drogenkonsum bedingte Störung der öffentlichen Ordnung ausgerichtet sind (**Luxemburg** und **Ungarn**).

„Zurzeit scheint unklar, in welchem Ausmaß diese neue Kategorie der Drogenpolitik die Folge einer tatsächlichen Zunahme der drogenbedingten Störung der öffentlichen Ordnung ist und nicht die Reaktion auf eine wachsende Intoleranz unserer Gesellschaft gegenüber Drogenkonsumenten“, erklärt die **EBDD**. Da es EU-weit keine gemeinsame Definition von drogenbedingter Störung der öffentlichen Ordnung und für die Erhebung von Daten keine zuverlässigen Indikatoren gebe, sei es nach wie vor schwierig, das Problem objektiv zu erfassen. „Klar ist jedenfalls“, so die Drogenbeobachtungsstelle, „dass der Schutz der Gesellschaft vor den negativen Auswirkungen des Drogenkonsums, der Drogenabhängigkeit und des Drogenhandels in Teilen Europas heute immer mehr zu einer sehr aktuellen politischen Angelegenheit wird“.

Überblick über die neuen Entwicklungen in der Drogenpolitik und -gesetzgebung

Weitere neue politische und rechtliche Entwicklungen im Drogenbereich werden in Kapitel 1 des *Jahresberichts* 2005 behandelt.

- In 26 von den im Bericht erfassten 29 Ländern stützt sich die Drogenpolitik auf einen nationalen Plan, eine Strategie oder ein gleichwertiges Dokument. Die größten Diskrepanzen scheinen im Zusammenhang mit der Schadensminimierung zu bestehen: dieses Thema ist in 12 der erfassten Dokumente von vorrangiger Bedeutung, in weiteren neun wird es im Rahmen anderer Themen behandelt und in fünf ist es nicht erwähnt.
- In sieben Ländern traten neue nationale Drogenstrategien in Kraft: **Estland, Frankreich, Zypern, Litauen, Slowenien** und **Finnland** (2004) sowie **Luxemburg** (2005).
- In weiteren Ländern werden derzeit die Fortschritte anhand einer Bewertung der Strategien gemessen. Die Annahme formeller Strategien sowie eine verstärkte Evaluierung führten in einigen Ländern (z. B. **Ungarn** und **Luxemburg**) zu einer Erhöhung der Ausgaben für den Drogenbereich.

- In mehreren Mitgliedstaaten wurden 2003 und 2004 neue nationale Gesetze verabschiedet, mit dem Ziel, die Gefährdung Jugendlicher durch Drogen zu verringern (**Tschechische Republik, Dänemark, Spanien, Lettland, Ungarn, Polen, Vereinigtes Königreich**).
- 2003 und 2004 haben mehrere Länder Gesetze verabschiedet, die das Thema der Schadensminimierung ansprechen (**Frankreich, Luxemburg, Finnland, das Vereinigte Königreich und Norwegen**).
- 2003 und 2004 änderten einige Länder das Strafausmaß für den Konsum von Cannabis (**Belgien** und das **Vereinigte Königreich** – geringere Strafen; **Dänemark** – höhere Strafen). 2003 senkte Griechenland die Höchststrafe für Drogenkonsum von fünf Jahren auf ein Jahr, und Ungarn strich den Straftatbestand des Drogenkonsums aus seinem Strafgesetzbuch (wenngleich der Drogenkonsum nach wie vor über Strafen für den Erwerb und Besitz von Drogen geahndet werden kann).
- Erhöht wurde das Strafausmaß generell für Drogenhandel und für Drogendelikte, die Minderjährige gefährden.
- Zwei Länder berichteten von Gesetzesinitiativen im Bereich Drogen am Arbeitsplatz (**Finnland** und **Irland**). Drogenprävention in spezifischen Situationen wie z. B. am Arbeitsplatz wird im neuen EU-Drogenaktionsplan (2005–2008) besonders hervorgehoben. Mehr Informationen zur EU-Drogenstrategie 2004–2012 und zum Aktionsplan finden Sie ebenfalls in Kapitel 1.

Anmerkungen

Der Bericht zur drogenbedingten Störung der öffentlichen Ordnung ist Teil der drei „ausgewählten Themen“, die als Ergänzung zum *Jahresbericht 2005* veröffentlicht werden (<http://issues05.emcdda.eu.int>).

⁽¹⁾ *Public safety, exposure to drug-related problems and crime* [Öffentliche Sicherheit, Gefährdung durch Drogenprobleme und -kriminalität], European Opinion Research Group Report (EORG), 2003 für die Europäische Kommission erstellt (http://www.europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/ebs/ebs_181_en.pdf).

⁽²⁾ *Young people and drugs* [Jugendliche und Drogen], Flash EB 158, 2004 (http://www.europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl158_en.pdf).